

Einbringung des Haushalts 2018

Ratssitzung

Donnerstag, 28. September 2017

Ansprache des Oberbürgermeisters

Sperrfrist: Beginn der Ratssitzung.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Solingerinnen und Solinger,

ich bin stolz, Ihnen heute gemeinsam mit Kämmerer Ralf Weeke einen Haushaltsplanentwurf vorlegen zu können, der für das Jahr 2018 den Haushaltsausgleich vorsieht. Aufwendungen und Erträge gleichen sich aus. Einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen zu können, ist für Oberbürgermeister und Kämmerer seit Jahrzehnten ein ganz seltenes Ereignis. Seit 1987 begleiten Haushaltssicherungskonzepte das finanzwirtschaftliche Geschehen in Solingen. Es gibt also gute Gründe dafür, diesen Moment historisch zu nennen.

Der Weg bis zu dieser Stunde hat mehr als acht Jahre in Anspruch genommen. Am Anfang, im Jahr 2009, stand die Herkulesaufgabe, den jährlichen Aufwand um 45 Millionen Euro zu senken. Die Pleite der Stadt, das Aufzehren des letzten Eigenkapitals im Jahr 2013, musste abgewendet werden. Trotz eisernen Sparwillens hat Solingen dieses Ziel damals nur aufschieben können.

Dass das Eigenkapital der Stadt wieder in den positiven Bereich rutscht, liegt noch in weiter Ferne, weiter als der zehnjährige Planungszeitraum reicht. Aber die Talfahrt ist gestoppt.

Das Jahr 2017 markierte bereits die Wende, der Tiefst-Stand ist mit rund 150 Millionen Euro erreicht, ab 2022 rechnen wir mit einer stetigen Verbesserung des Eigenkapitals. Zum Ende des Jahres 2028 soll es bei minus 67 Millionen Euro liegen. Die Verbesserung ist Ausdruck davon, dass Solingen seine Altschuldenbelastung erfolgreich zurückfährt. Der Weg aus der Schuldenfalle: endlich können wir ihn einschlagen.

Und jetzt, in 2018, erreichen wir also den Haushaltsausgleich. Wenn die Rahmenbedingungen nicht durch Beschlüsse der Landes- oder Bundesregierung oder gar Brüssel zu Ungunsten der Städte verschoben werden, z.B. durch Steuersenkungen, die in Form einer geringeren Verteilungsmasse auch in Solingen ankommen, oder wenn die Konjunktur einbricht. Letzteres scheint aber nicht zu drohen, die Wirtschaftsprognosen geben zu guten Hoffnungen Anlass.

Aus eigener Kraft allein erreicht Solingen den Haushaltsausgleich nicht: Seit 2012 erhält unsere Stadt Finanzhilfen aus dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, der im Jahr davor als Landesgesetz beschlossen worden ist.

Der Stärkungspakt wurde Gesetz, weil das Land NRW sich überzeugen ließ, dass finanzielle Hilfspakete für Städte in Finanznot doch wirksamer seien als Strafandrohungen für Oberbürgermeister verschuldeter Städte und wirksamer auch als die Einsetzung von Landeskommisaren in Stadtverwaltungen, die ungeliebte Entscheidungen über den Kopf der Räte hinweg treffen. Es hat die Städte, und insbesondere das „Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte“ viel Überzeugungsarbeit gekostet, bis die Erkenntnis in Düsseldorf reifte. Aber die Städte in Finanznot werden weiterhin wachsam sein müssen. Manche Erkenntnisse müssen offenbar immer wieder aufs Neue reifen. Doch dazu später.

Im Oktober erhält Solingen die nächste Überweisung aus Stärkungspakt des Landes. Dann werden es über 100 Millionen Euro sein, die Solingen aus diesem Fonds seit 2012 erhalten hat. Im Gegenzug hat sich die Stadt verpflichtet, den Ausgleich im Haushaltsjahr 2018 zu erreichen. Und genau da sind wir heute: Die Klingenstadt Solingen hat den Kurs, zu dem wir uns vor sechs Jahren mit breiter Ratsmehrheit dem Land Nordrhein-Westfalen gegenüber verpflichtet haben, getreu eingehalten! Darauf dürfen wir alle zusammen – Kommunalpolitik, Verwaltung, Bürgerschaft - stolz sein.

Solingen hat bewiesen und beweist es täglich – dass man auch in schwierigen Zeiten Politik gestalten kann, dass man Zukunft gestalten kann, auch wenn nicht Milch und Honig fließen!

Doch der Weg, das darf man nicht unterschlagen, der Weg bis zu diesem Tag ist steinig gewesen – für alle Beteiligten. Für die Verwaltung,

- die Jahr um Jahre Haushaltskonsolidierungskonzepte und Haushaltssanierungspläne entwickelt und umgesetzt hat,
- die auf eine Verwaltung am Rande der Arbeitsfähigkeit reduziert wurde
- und die mit den Folgen des Stellenabbaus umgehen musste.

Es war auch ein anstrengender Weg für uns Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die wir uns Jahr um Jahr festmeterweise durch Vorlagenpapier beißen und nicht zuletzt unpopuläre Entscheidungen fällen mussten.

Es war ein Weg, der für die Solinger Bürgerinnen und Bürger viele Härten bereithielt: Sie mussten und müssen mit den Konsequenzen des Spardruckes leben – dass es an manchen Ausfallstraßen dunkler wurde, weil Lampen abgebaut wurden, war da vielleicht noch leicht zu verschmerzen. Schwerer, weil im Portemonnaie spürbar, waren die unumgänglichen Steuererhöhungen.

Auch heute liegt noch ein Kraftakt vor uns: Der 2018er Haushalt sieht neuerlich die Anhebung der Grundsteuern um hundert Prozentpunkte vor. Das hat der Rat schon vor einigen Jahren als Teil des Haushaltssanierungsplans beschlossen. Wir erwarten davon Einnahmen von rund 5,5 Millionen Euro, die nicht anders zu kompensieren sind.

Ich bitte die Bürgerinnen und Bürger um Verständnis für diesen Schritt – es ist kein weggeworfenes Geld. Die Gegenleistung besteht darin, dass die Stadt investieren und ihre Strukturen erneuern kann und Anschluss hält an die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Einhaltung des Haushaltssanierungsplans verschafft der Stadt die Bewegungsfreiheit dazu. Es handelt sich um eine Umlage für die Zukunftsentwicklung Solingen. Solingen wird auch morgen die lebenswerte Stadt an der Nahstelle von Bergischem Land und Rheinland bleiben, in der man gerne lebt. Solingen wird kein abgehängter ländlicher Raum.

Den Solinger Bürgerinnen und Bürger gebührt Anerkennung für ihr staats- und stadtbürgerliches Engagement in diesem achtjährigen Konsolidierungsprozess. Sie haben sich nicht damit begnügt, kommunalpolitische Entscheidungen passiv zu erdulden.

In unserer Stadt ist immer wieder engagiert auf vielen Kanälen und öffentlich über den richtigen kommunalpolitischen Kurs gestritten worden. Tausende von Solingerinnen und Solinger haben sich interessiert, aktiv und konstruktiv im Rahmen von Online-Bürgerhaushalten in die Spardebatten eingeschaltet.

Die Bürgerbeteiligung war hilfreich für die Entscheidungsfindung des Rates, weil deutlich wurde, dass es eine Bereitschaft gab, auch unpopuläre Entscheidungen

mitzutragen. Sie war aber auch hilfreich, die Argumente der Verwaltung in die Medien und in die Öffentlichkeit zu tragen. So hat im Rückblick gesehen die Bürgerbeteiligung ihren Teil dazu beigetragen, dass der Sparkurs der Verwaltung insgesamt gesehen von viel Einsicht und Verständnis der Bürgerschaft getragen worden ist. Das hätte man sich, wie wir heute wissen, auch anders vorstellen können – eine aggressive Pegida-ähnliche Bewegung von Verdrossenen und Enttäuschten gegen den Konsolidierungskurs der Stadt gab es bei uns in Solingen nicht.

Es ist unser gemeinsamer Verdienst, den Haushaltsausgleich im Jahre 2018 zu erreichen, ohne zentrale Errungenschaften in Frage gestellt und die Stadt kaputtgespart zu haben.

Die Mühe hat sich gelohnt! Schon vor wenigen Wochen hat die Genehmigung für den Haushalt 2017 uns die Bahn frei gemacht um wichtige Weichen für die Zukunft Solingens zu stellen. In diesem Haushaltsplan 2018 wurden Investitionen von rund 62 Millionen Euro eingeplant, zuzüglich drei Millionen, die die Stadt an die Altenzentren weiterleiten darf. Die Ermächtigungen für Investitionskredite und Sonderkredite versetzen uns in die Lage, Kindertagesstätten zu bauen, Schulen zu sanieren und den Sanierungstau in den öffentlichen Gebäuden endlich in Angriff zu nehmen.

So besonders es heute ist, einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen, der ein ausgeglichenes Ergebnis aufweist, das Ende des Weges haben wir damit nicht erreicht.

Natürlich bekenne ich mich als Oberbürgermeister zu meiner Verantwortung für die Haushaltskonsolidierung – ich verweise auf den Haushaltssanierungsplan, der für das Jahr 2018 ein Volumen von 25 Millionen Euro aufweist, die eingespart werden müssen. Dennoch bleibe ich dabei: Sparsamkeit ist kein Selbstzweck. Eine zu Tode gesparte Stadt mit maroder Infrastruktur, abgehängt von den technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen unserer Zeit, will doch keiner von uns an die nächste Generation weitergeben.

Deshalb: wenn wir die Zukunft für unsere Stadt gewinnen wollen, dann reicht Sparsamkeit nicht aus. Echten Mehrwert schaffen wir nur, wenn wir in unsere Stadt investieren. Dazu müssen wir Schwerpunkte setzen und Ressourcen dazu einsetzen, Entwicklungschancen zu nutzen und zu fördern. Die politische Gestaltungsaufgabe

heißt, den notwendigen Wandel der Klingenstadt zu unterstützen, wo die Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft dies nicht allein schaffen.

Anders ausgedrückt: Lassen Sie uns schon heute die Fundamente der Stadt von morgen bauen!

„Investieren, um zu sparen!“ Das war das Motto, unter das ich den Haushaltsplan 2017 gestellt hatte. Das Konzept hatte ich gemeinsam mit Kämmerer Ralf Weeke und den Kolleginnen und Kollegen des Vorstands entwickelt und es hat der Bezirksregierung eingeleuchtet. Ja, es ist unsinnig, wenn eine Stadt Jahr um Jahr Kredite aufnehmen muss, um marode und überalterte Bausubstanz an Schulen und öffentlichen Gebäuden oberflächlich zu flicken. Es ist aber höchst sinnvoll, und wirkt sich sogar auf die Bilanz der Stadt positiv aus, wenn sie Kredite aufnimmt, um neu zu bauen, zum Beispiel um das Schwimmbad Vogelsang neu zu bauen.

Wer hätte nach diesen ganzen Jahren, in denen nur über das Sparen und Einschränken gesprochen wurde, geglaubt, dass wir das hinbekommen, ein neues Schwimmbad für die Bevölkerung bauen zu können, neun Millionen Euro investieren zu dürfen? Und zwar nicht für das Schulschwimmen - das wäre ja eine Pflichtaufgabe für die Stadt gewesen - sondern Breitenschwimmen, eine sogenannte „freiwillige Aufgabe“. Angeblich der Luxus, den sich eine finanzschwache Stadt nicht mehr leisten dürfte. Tatsächlich aber eine ordentliche Prise Salz in der Suppe des urbanen Lebens. Eine Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern keine Lebensqualität mehr anbieten kann, verdient den Namen Stadt nicht.

Erst recht gilt das für eine Stadt, die ihre Strukturen nicht weiterentwickelt, die nicht schon heute an den Fundamenten von morgen arbeitet. Auch wenn Solingen keine Metropole vom Schlage Kölns oder Düsseldorf ist, sondern eine Mittelstadt, für die der Strukturwandel der Industrie immer noch eine große Herausforderung ist, so haben wir doch mit dem Bau begonnen: Die Umriss der Fundamente sind sichtbar und sie beginnen aufeinander zuzuwachsen. Aus der Vogelschau sind die Umriss des neuen Solingen sichtbar.

Erkennbar wird aus der weiteren Perspektive auch, dass wir uns anstrengen müssen, den Anschluss an die Entwicklungen in der Metropolregion Rheinland zu halten, wenn wir als gleichberechtigter kommunaler Partner dort ernst genommen werden wollen. Und das ist mein Ziel!

Da ist vor allem die Baustelle „Digitalisierung“. Digitalisierung ist ein strategisches Querschnittsthema, das alle Bereiche unseres Lebens durchzieht. Das Wort steht für nichts weniger als die nächste Phase der industriellen Revolution. Die erste begann mit der Einführung der Dampfmaschine. Auch der Siegeszug des Computers krempelt Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur um. Der Wandel hat längst begonnen, er beschleunigt sich. Es ist ein Prozess der schöpferischen Zerstörung, denn viel Altes geht verloren oder wird verloren gehen. Doch gleich wie man die Veränderungen persönlich beurteilt: Wer abseits steht, verliert. Verantwortlich handelt, wer dieser Entwicklung den Weg bahnt!

Solingen ist auf einem guten Weg! Gewerbegebiete, mit Breitbandinternet unterversorgte Stadtteile, die Stadtverwaltung – überall ist schon etwas in Bewegung gekommen und nimmt weiter Fahrt auf.

Die höchste Priorität hat die Digitalisierung der Solinger Schulen – unsere Kinder müssen eine Schulbildung erhalten, die auf der Höhe der Zeit ist. Hier ist der Epochewechsel schon in Gang: Die Zeiten, da sich jede Schule computertechnisch mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern vor allem selbst geholfen hat, sind vorbei: Wir brauchen Standards, keine Insellösungen. Inzwischen ziehen mit Unterstützung der IT-Steuerung des Rathauses Schulen aller Schulformen, Schulverwaltung und IT-Dienstleister an einem Strang.

Alle wesentlichen Beschlüsse werden von einer Lenkungsgruppe vorbereitet, in der Stadtverwaltung und Schullandschaft partnerschaftlich zusammenarbeiten: Ihr gehören an die Schuldezernentin Dagmar Becker, der Stadtkämmerer Ralf Weeke, der Ressortgeschäftsführer Dirk Wagner, die Schulverwaltung sowie der Leiter des Technischen Berufskollegs Michael Becker als Vertreter des Sprecherrates Solinger Schulen. Medienentwicklungsgespräche unter Beteiligung von Beratern des Landes haben in allen Schulen stattgefunden.

Am Ende des Prozesses, das wird noch bis 2019 dauern, wird ein heterogenes stadtweites Schulnetz von 4.500 Computersystemen stehen. Dass es sich um ein Mammutprojekt handelt, wird klar, wenn man sich vor Augen führt, dass die ganze Stadtverwaltung rund 2.000 PC-Arbeitsplätze zählt, weniger als die Hälfte.

Der erste Schritt der Schuldigitalisierung läuft bereits, der Anschluss der Schulen ans breitbandig schnelle Internet. Ein Modell kann bereits besichtigt werden - die Geschwister-Scholl-Schule: Netzinfrastruktur, Serverarchitektur, unterbrechungsfreie Stromversorgung – die digitale Revolution kommt in Solingen voran.

Das können Sie auch an den folgenden Fakten zur Kommunikationsinfrastruktur Solingens im Herbst 2017 ablesen:

- Der Anschluss aller Schulstandorte an das Glasfasernetz hat begonnen. Alle 50 Schulen werden bis 2019 mit Glasfaser ausgestattet sein, 10 bis 15 Schulen noch in diesem Jahr.
- Auch die Anbindung aller städtischen Kindertagesstätten an das schnelle Internet per VDSL hat vor zwei Monaten begonnen
- Allen Solinger Unternehmen, die breitbandiges Internet wünschen, können Angebote für Glasfaseranschlüsse bis in Betriebsgebäude gemacht werden – möglich durch eine Kooperation der Technischen Betriebe Solingen mit 1&1 Versatel.
- Für Unternehmen in Gewerbegebieten der Stadt gibt es bei ausreichender Anschlusszahl besondere Konditionen. Das Gewerbegebiet Schmalzgrube wird bereits ausgebaut, Dycker Feld folgt als nächstes.
- Solingen hat Fördermittelzusagen für den Ausbau des Glasfasernetzes an den unterversorgten Standorten, insbesondere in den Randgebieten Solingens: 15,5 Millionen Euro durch Bund und Land. Umsetzung: 2018.
- Der Ausbau der für Bürgerinnen und Bürger kostenfreien WLAN-Systeme an den Verwaltungsstandorten hat begonnen, in den Stadtteilen unterstützt die Verwaltung das private Freifunknetz. Bestes Beispiel ist der Stadtteil Wald: Hier können Sie in 30 Hotspots von Freifunkern einloggen. Insgesamt sind in Solingen

über 200 Freifunk-Hotspots aktiv. Sie verteilen sich übers Stadtgebiet mit Schwerpunkt in den Stadtteilkernen.

Die nächste Herausforderung, der sich die Stadtverwaltung unter meiner Führung stellt, ist die Digitalisierung des Rathauses.

Noch immer dient der Computer in unseren Amtstuben zu sehr als bloßer Schreibmaschinenersatz: Die Verwaltung muss lernen, sich von papiergebundenen Arbeitsprozessen zu lösen. Dazu muss sie natürlich auch entsprechend ausgestattet werden.

Vollelektronische, weitgehende papierlose und deshalb nicht mehr ortsgebundene Verwaltungsarbeit wird nicht nur das Mittel sein, der Bürgerschaft Verwaltungsleistungen digital über das Netz anbieten zu können - die Digitalisierungsstrategie für die Stadtverwaltung ist zugleich das Mittel, viele hunderttausend Euro jährlich, zu sparen. Von der optimierten elektronisch arbeitenden Verwaltung, eGovernment, und der damit einhergehenden Prozessoptimierung erwarten wir Einsparungen von 700.000 Euro strukturell, also jährlich.

- Die Verwaltung von morgen wird erheblich weniger Platz beanspruchen. Büroraum ist teuer. Unsere Experten schätzen, dass ein Drittel der heute benötigten Bürofläche wegfällt, wenn die Verwaltung sich löst vom Prinzip des individuellen Büroarbeitsplatzes und mobile Tablets und Laptops die stationären Desktop-PCs ablösen. Überhaupt gilt es, den individuellen Arbeitsplatz (Festes Büro, Schreibtisch, Desktop-PC, kabelgebundenes Telefon, Aktenschrank) aufzugeben zugunsten von Großraumlösungen. Großräumen, die aber den unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnissen nach Ruhe, Individualität, Kooperation, ästhetisch anspruchsvoller Gestaltung des Arbeitsraumes als Lebensraum genügen. In Verbindung und Kombination mit W-Lan-Infrastrukturen in den Verwaltungsgebäuden (die im Aufbau sind) und mobiler Tele-Arbeit zu Hause.
- Mobiles Arbeiten – auch von zu Hause aus – muss viel selbstverständlicher werden. Das spart Raumressourcen, die derzeit für Urlaub, Krankheitszeiten „leer“ mitlaufen und Geld kosten.

- Was ich Ihnen schildere, sind keine Utopien. Anderswo, etwa in unserer Partnerstadt Gouda, ist das Realität. Der Anbau an das Alte Rathaus, dessen Planung wir jetzt vorantreiben, wird ein Labor für neue Verwaltungsarbeit nach niederländischem Vorbild werden. Er wird nach den Grundsätzen des Coworking errichtet und ausgestattet. Vorbereitet wird das von dem Projekt „Arbeitsplatz 2020“: Es klärt, wie der zukunftsfähige, standardisierte Verwaltungsarbeitsplatz beschaffen sein muss. Flexibel für möglichst viele Anforderungen und mobil muss er sein.
- Co-working und digitale Verwaltung funktionieren nicht mit Aktenordnern und Wiedervorlagemappen: Das Jobcenter wird der Pilot der Stadtverwaltung für die Einführung der eAkte. Für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar interessant:
- Wir gehen neue Wege und nutzen das Vorbild fortschrittlicher Unternehmen: In Kürze werden neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der IT-Steuerungsabteilung ein 14tägiges Praktikum bei dem Softwareunternehmen codecentric in Ohligs absolvieren. Ein Angebot von Codecentric, das wir sofort dankbar angenommen haben. Die Mitarbeiter werden von der Hochstraße aus ihre ganz normale Büroarbeit machen – nur eben vom Firmengebäude aus und mit Hilfe der dort vorhandenen IT- und Telekommunikationsstruktur. Dabei erleben sie co-working von innen und lernen neue Technologien kennen, die für die Verwaltung bisher nur Zukunftsmusik sind. Z.B. die Arbeit mit Videokonferenzsystemen über Internet – auch das eine Voraussetzung für die Flexibilisierung von Arbeitsplätzen. Online-Besprechungen statt Präsenzveranstaltungen: Die Teilnehmenden müssen nicht mehr von verschiedenen Standorten anfahren (das spart Geld, Zeit und Energie). Auch das ist schon in Arbeit: Im Rathaus Solingen und im Verwaltungsgebäude Bonner Straße werden jetzt Videokonferenzräume geplant.

All das setzen wir nicht aus Technikbegeisterung in Bewegung. Wir werden teuren Büroraum sparen, die Zwei-Standorte-Strategie der Stadtverwaltung rückt in realistische Nähe, wir werden Prozesskosten durch eine verschlankte Organisation sparen.

Und es gibt eine klare Kennzahl: Mit und durch die Digitalisierung wollen wir in den kommenden Jahren 100 Stellen in der Verwaltung abbauen. Da ohnehin in naher

Zukunft viele Mitarbeitende aus Altersgründen ausscheiden, sind dazu auch keine betriebsbedingten Kündigungen nötig.

Auch für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bricht eine neue Zeit an: als papierarmer Stadtrat: In Kürze werden die Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsgeschäftsführungen mit Tablets ausgestattet, auf denen eine App mit dem kommunalen Sitzungsdienst für Rats- und Ausschussvorlagen, Tagesordnungen und Protokolle läuft. Sie werden Ihren persönlichen Beitrag zur Zukunftsentwicklung Solingens leisten können.

Im Frühjahr 2018 werde ich Ihnen einen umfassenden Masterplan zum Thema Digitalisierung vorlegen können. Deshalb lasse ich es an dieser Stelle mit diesen Hinweisen bewenden.

Und natürlich gilt: Die neuen Fundamente unserer Stadt bestehen nicht nur aus Bits und Bytes, sondern weiterhin auch aus Stein und Beton. Die Entwicklung unserer Stadt und ihrer Stadtteile verlieren wir nicht aus dem Blick – Ohligs nicht, Burg nicht, Wald nicht, erst recht nicht die Solinger City.

Was die City angeht, müssen wir wohl der Erkenntnis ins Auge sehen, dass die Stadt von morgen eine andere sein wird als die von gestern. Wir müssen uns dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel stellen, auch wenn wir ihn beklagen. Dazu gehört der Verlust von Einkaufskultur, der immer auch ein Stück Stadtkultur war – über Jahrhunderte gehörte das Recht, Märkte abzuhalten, zu den wesentlichen Rechten, die ein Dorf zur Stadt machten. Diese Tradition wird nun auch durch Digitalisierung in Frage gestellt. Wir werden uns an den Gedanken gewöhnen müssen, dass der Einzelhandel in der Solinger Innenstadt in Bereichen konzentriert werden muss, die Entwicklungschancen haben und wo der Einzelhandel sich gegenseitig befruchten kann. Der von uns zu Rate gezogene Innenstadtextperte Holger Pump-Uhlmann hat die These aufgestellt, dass die Untere Hauptstraße im Grunde kein Standort für Einzelhandel mehr ist.

Die Stadtentwicklung muss sich darauf einstellen. Um Antworten auf die Frage zu finden, wie die Solinger Innenstadt zukunftsfähig gemacht werden kann und welche Perspektiven die Innenstadt hat, hat bereits ein Zukunftsprozess begonnen, an dessen

Ende das neue Konzept „City 2020“ stehen soll. Er schreibt das Entwicklungskonzept City 2013 fort. Ergebnisse sollen im Frühjahr 2018 vorliegen.

Es gilt, die Diskussion über das Leitbild und das „Herz“ der Innenstadt neu zu führen und dabei aber Lösungen und Wege zu entwickeln, wie die Innenstadt mit dem Überangebot an Einzelhandelsflächen umgehen kann und welche Teilräume in der Zukunft welche konkrete Funktion ausüben sollen.

Die Verantwortung für die künftige Entwicklung der Innenstadt ist keine, die Kommunalpolitik und Stadtverwaltung alleine tragen. Eigentum verpflichtet! So steht es im Grundgesetz. Jeder Hausbesitzer ist zum Mitdenken und zum Mittun aufgerufen. Der Zukunftsprozess ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die den Dialog und den engen Austausch von allen erfordert, die an der Innenstadt ein Interesse haben: Immobilieneigentümer, Einzelhandel, Kundinnen und Kunden, Innenstadtbewohner.

Die Stadtentwicklung setzt dabei auch auf neue, ungewöhnliche Wege um Ideen zu sammeln und die Zukunft der Innenstadt mitzugestalten: In der Hauptstraße 24 wurde ein Zukunftsbüro eingerichtet, das z.B. das Jugendprojekt „Co-creative-space“ beherbergt. Es soll die jungen Besucherinnen und Besucher der Innenstadt ansprechen. Darüber hinaus bietet das Büro viel Raum für die konkrete Diskussion von Innenstadtthemen. Vor vierzehn Tagen traf sich dort der Runde Tisch Innenstadt zum Workshop.

Schauen wir nach Wald: Es gibt einen Ratsauftrag für ein „integriertes Stadtentwicklungskonzept“. Die Ausschreibung für ein Planungsbüro wird vorbereitet, soll im Herbst erfolgen. Die Finanzierung der Konzeptionsphase ist gesichert. Natürlich und selbstverständlich wird dies nicht ohne Bürgerbeteiligung geschehen. Umsetzung in 2018

Ohligs: Hier wird schon ein integriertes Stadtentwicklungsprojekt umgesetzt: Ein Meilenstein ist das Galileum, das Leuchtturmprojekt für Ohligs. Im Herbst 2018 erwarten wir mit Spannung die Eröffnung. Spannend ist auch die Entwicklung östlich des Bahnhofes. Kommt das Hotel, wird die Stadt den Platz und auch den Treppenabgang von der Sauerbreustraße zur Bahn neu gestalten und modernisieren. Das wird eine

weitere sichtbare Aufwertung des beliebten und expandierenden Stadtteils Ohligs bringen.

Das „Hansaquartier“ gleich nebenan zwischen Hochstraße und den Bahngleisen wird von der Wirtschaftsförderung auf der Expo-Real mit einer neuen Broschüre vermarktet. Es liegen bereits von der Bezirksregierung genehmigte Förderanträge in Höhe von zusammen 9,5 Millionen Euro für Ohligs-Ost vor.

Burg: Derzeit konzentriert sich das Geschehen auf die Sanierung des Bergfriedes und des Schlosses. Allein vier EU-weite Ausschreibungen für Planungsleistungen laufen derzeit. Sobald der Bergfried fertiggestellt ist, können die Besucher und die Bürger auch die ersten Eindrücke des neuen Ausstellungskonzeptes erleben. Verbaut werden derzeit Mittel der Europäischen Union für die Schlossanlage (zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur), danach stehen Mittel des Bundes (Kultur und Medien) und Städtebauförderungsgelder des Landes zur Verfügung. Das Gesamtinvestitionsvolumen, das in die Burg gesteckt wird, beträgt 32,5 Millionen Euro. Das kann man nicht oft genug wiederholen.

Auch in den Stadtteil Burg wird viel Geld investiert: Im Augenblick bestimmen die Baustellen zum Hochwasserschutz das Bild. Baustellen werden Burg auch danach erhalten bleiben: Für die Wupperinsel wird es einen städtebaulichen Wettbewerb geben. Allein für die Aufwertung und Umgestaltung der Ortsdurchfahrt werden Investitionen von 1,6 Millionen Euro veranschlagt. Ab nächsten Sommer wird gebaut.

Bei diesem Ausblick will es bewenden lassen: Ich will nicht wiederholen, was ich an dieser Stelle zum Ausbau von Kindertagesstätten und Schulen bereits vorgetragen habe. Aber auch dies sind natürlich wesentliche Bausteine des neuen Solingen. Das ist ganz selbstverständlich: Bildung ist der zentraler Baustein unserer Wissensgesellschaft und der Motor ihrer Weiterentwicklung.

Ein Gedanke zum Schluss: Auch wenn der Haushaltsausgleich geschafft ist; der Anzug bleibt ganz eng geschnitten. Ein Haushaltsanierungsplan mit einem Volumen von 25 Millionen Euro ist eine Herausforderung. Jede Veränderung der Rahmenbedingungen durch Düsseldorf, Berlin oder Brüssel kann die Städte in Finanznot und damit auch Solingen zurückwerfen.

Trotz jahrzehntelanger Lobbyarbeit der kommunalen Spitzenverbände und des Mülheimer Aktionsbündnisses verteilen die oberen staatlichen Instanzen immer noch gerne teure Geschenke auf Kosten der Kommunen. Auch die neue Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat sich ihren finanzpolitischen Sündenfall schon geleistet: die Ausweitung der Krankenhausfinanzierung im Rahmen des Nachtragshaushaltes für 2017.

Insgesamt sieht der Nachtragshaushalt des Landes für Investitionen der Krankenhäuser 250 Millionen Euro zusätzlich vor. An der Finanzierung sollen sich die NRW-Städte mit 100 Millionen Euro beteiligen. Gemeinsam mit den Kämmerern und Oberbürgermeisterkollegen von Remscheid und Wuppertal habe ich dazu bereits festgestellt, dass es ein Unding, ist wenn der Finanzminister großzügige Förderungen verspricht und im Kleingedruckten steht, dass 40 Prozent dieser Mittel von den Städten beigesteuert werden müssen. Gerade für uns Stärkungspaktkommunen ist eine solche Finanzhilfe für Krankenhäuser, die z. B. auch den privaten Krankenhausträgern zugute kommt, kaum darstellbar.

Sehr ärgerlich und auch unverständlich ist, mit welcher Geringschätzung die Landespolitik die Kommunen hier behandelt. Obwohl die weitaus meisten Bürgerinnen und Bürger Städtebewohner sind. Wir werden in die Pflicht genommen, ohne dass es im Vorfeld dieser Beschlüsse Rücksprachen mit den Städten oder den kommunalen Spitzenverbänden gegeben hätte. Dieses politische Thema wird noch aufzuarbeiten sein, wobei ich auch weiterhin auf die Unterstützung unserer Landtags- und Bundestagsabgeordneten baue.

Zum Abschluss danke ich meiner Vorstandskollegin Dagmar Becker und den Kollegen aus dem Verwaltungsvorstand für die gemeinsame Arbeit zum Wohle unserer Stadt. Meine Anerkennung und mein Dank gelten dem Stadtkämmerer Ralf Weeke und dem Team des Finanzmanagements, das mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf wieder eine akribische Fleißarbeit abgeliefert hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
der Erfolg der Haushaltskonsolidierung ist für Solingen eine Frage von vitaler Bedeutung,
in der der Stadtrat immer zusammengestanden hat - bei allen politischen Unterschieden,
die die Fraktionen trennen. Dafür danke ich Ihnen als Oberbürgermeister der
Klingensstadt Solingen.

Und ich habe auch eine Bitte an alle Fraktionen dieses Rates: Lassen Sie uns festhalten
an diesem Kurs gemeinsamer Verantwortung! Lassen Sie uns eine
parteienübergreifende „Koalition für Solingen“ bilden! Wenn uns das gelingt, hat
unsere Stadt die besten Chancen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe nun das Wort an den Kämmerer der
Stadt Solingen, meinen Kollegen Ralf Weeke.